

Europäische Sicherheit

Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik

**Soldat im Zeitalter
der Globalisierung**

Wolfgang Schneiderhan

**SAR-Lupe:
Deutsche Radar-Augen
im Weltraum**

**Südafrika:
Globaler Akteur oder Riese
auf tönernen Füßen?**



Martin Pabst/

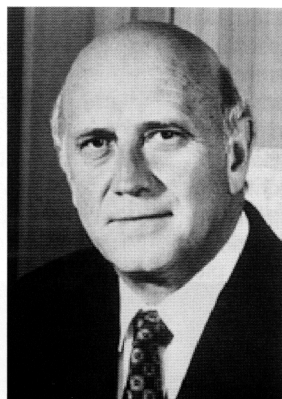
Klaus Freiherr von der Ropp

Mit der Abkehr der Republik Südafrika von einem 350jährigen weißen Minderheitsregime und der Hinwendung zur liberalen Demokratie kam Mitte der 1990er Jahre weltweit große Hoffnung für den schon verloren geglaubten Kontinent auf – trotz der Warnungen einiger weniger Beobachter, darunter kein Geringerer als Francis Fukuyama, der Verfasser des wichtigen Werkes »Das Ende der Geschichte« (1992). Man sah nun auch am Kap Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft obsiegen. Nicht nur die Politik, sondern auch führende Wirtschaftskreise gaben sich euphorisch. So gründeten in Deutschland führende Wirtschaftsverbände SAFRI – die »Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft«. Es wurde sogar die Ansicht geäußert, hier entwickle sich ein »afrikanischer Löwe«, vergleichbar den südostasiatischen »Tigerstaaten«. Schon bald rückte Südafrika im afrikanischen Kontext in eine Führungsrolle auf, so im Kreis der Unterzeichner der Lomé- und Cotonou-Konventionen mit der EU, im Rahmen der – allerdings oft überschätzten – Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC), beim Abschluss des ambitionierten Kooperationsabkommens der EU mit der SADC, bei den WTO-Verhandlungen sowie bei der Gründung der Afrikanischen Union und der Verabschiedung des Entwicklungsprogramms »Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas«, woran der südafrikanische Staatspräsident Thabo Mbeki erheblichen Anteil hatte. Gestützt u.a. auf ein mit Indien und Brasilien abzuschließendes Bündnis (sog. IBSA-Staaten), strebt die Kaprepublik wie Deutschland nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. In den USA gibt es sogar Stimmen, die Südafrika als Mitglied einer künftigen »Globalen NATO« sehen.

Das »Wunder Südafrika«

Als im Mai 1994 der bisherige Staatspräsident Frederik Willem de Klerk seinem Nachfolger Nelson R. Mandela die Regierungsgeschäfte in Pretoria (heute Tshwane) übergab, schien das ähnlich unfassbar wie wenige Jahre zuvor der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und Ostmitteleuropa. War doch nach nur zwei Jahren der Verhandlungen zwischen weißen und schwarzen Afrikanern ein Jahrhundert altes Minderheitsregime (seit 1948 »Apartheid« genannt) durch eine perfekte liberale Verfassung ersetzt wor-

Das neue Südafrika: Globaler Akteur oder Riese auf tönernen Füßen?



Nelson Mandela und Frederik Willem de Klerk erhalten 1993 den Friedensnobelpreis.
Fotos: ES-Archiv

den. Am Kap schien sich ein Wunder ereignet zu haben: Die weißen Afrikaner gaben freiwillig ihre Vorherrschaft auf, möglicherweise gar in der Einsicht der Verwerflichkeit ihres bisherigen Tuns, die schwarzen Afrikaner warfen ebenso freiwillig überholte sozialistische Vorstellungen über Bord, und der jahrzehntelange politische Gefangenene Nelson Mandela erwies sich nach seiner Entlassung als verantwortungsvoller Staatsmann, der nicht müde wurde, einer Versöhnung der ethnischen Gruppen (Schwarze, Weiße, Kapmischlinge, Inder) in dem bis in die katholischen Klöster hinein gespaltenen Land das Wort zu reden. Ende 1993 wurden Mandela und de Klerk gemeinsam für ihre erfolgreichen Bemühungen um eine gerechtere politische Ordnung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Seit Gründung der Vereinten Nationen hatte es kaum eine Vollversammlung gegeben, die die Apartheid und die südafrikanische Besetzung Namibias nicht mit großer Mehrheit scharf verurteilt hatte. Die Auseinandersetzungen zwischen der südafrikanischen Regierung und den vom Warschauer Pakt unterstützten schwarzen Widerstandsbewegungen – an erster Stelle der Afrikanische Nationalkongress (ANC) – eskalierten zu regelmäßigen militärischen Angriffen der südafrikanischen Armee auf Guerillastellungen in Nachbarländern. Ab Mitte der 1980er Jahre waren zudem die schwarzen Vorstädte der Industriezentren (»townships«) von den Polizeikräften nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen. Der südafrikanischen Wirtschaft fiel es zunehmend schwer, die von den USA verhängten Finanzsanktionen zu ver-

kraften (die Handelssanktionen zeigten hingegen kaum Wirkungen).

Lange Zeit hatte die Apartheidregierung den Ost-West-Konflikt ausnützen können und sich mit dem Argument des stabilen Partners in einer geostrategisch wichtigen Region die diskrete Unterstützung des westlichen Lagers gesichert. Doch spätestens seit Mitte der 1980er Jahre zog das Argument der Stabilität nicht mehr. Bei den westlichen Staaten überwog nun die Sorge, dass die Halsstar-

rigkeit der südafrikanischen Regierung unter Führung von Pieter Wilhelm Botha das Land in ein unvorstellbares Blutbad bzw. unter die Kontrolle der Sowjetunion treiben könnte. Dabei stand viel auf dem Spiel: die Sicherheit der EU- und US-Staatsbürger in Südafrika, der freie Schiffsweg um das Kap der Guten Hoffnung, der Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen wie Uran, Platin und den Stahlveredlern Chrom, Mangan, Vanadium. Nach einem revolutionären Umbruch in Südafrika drohten sowjetisch-südafrikanisch-simbabwesische Kartelle nach dem Vorbild der OPEC. Besonders bedenklich stimmte die Tatsache, dass sich die Apartheidregierung ab Mitte der 1970er Jahre als Rückversicherung Nuklearwaffen zugelegt hatte – als südafrikanische Truppen 1987/88 in Angola erstmals ins Hintertreffen gerieten, ließ Präsident Botha demonstrativ die Abdeckung über einer »verdächtigen« militärischen Anlage in der Kalahari entfernen und wies damit unmissverständlich auf seine nukleare Option hin. Es drohte eine militärische Konfrontation mit regulären Kräften des Warschauer Paktes, manche Beobachter sahen gar die Gefahr, dass ein Dritter Weltkrieg in Südafrika ausgelöst werden könnte.

Das »Wunder« vom Kap ereignete sich nicht von selbst, sondern wurde durch günstige weltgeschichtliche Entwicklungen und »interventionistische« externe Diplomatie herbeigeführt. Briten und US-Amerikaner machten Bothas designiertem Nachfolger de Klerk im Juni 1989 in London deutlich, dass der Zusammenbruch des Kommunismus die einmalige und zeitlich begrenzte Chance eröffne, mit dem

ANC und seinen Verbündeten ins Geschäft zu kommen. Noch konnten die weißen Afrikaner aus einer Position relativer Stärke verhandeln, noch konnte der Westen ihnen bei der Absicherung ihrer Position in einer neuen Ordnung Unterstützung leisten. Erfolgreich brachten sie die Klerik dazu, endgültig dem Konzept weißer Vorherrschaft abzuschwören sowie die südafrikanischen Nuklearwaffen vor einer Machtübergabe an eine ANC/SACP/Cosatu-Regierung ohne Vorleistung abzurüsten, um Missbrauch oder künftige Proliferation auszuschließen. Im Gegenzug wurde den schwarzen Widerstandsbewegungen vor Augen geführt, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein militärischer Sieg nicht mehr vorstellbar und sozialistische Experimente nicht mehr bezahlbar waren. Sekundiert

in enger Zusammenarbeit mit der UdSSR, der DDR und Kuba entwickelten Pläne für die politische und wirtschaftliche Gestalt des Post-Apartheid-Südafrikas über Bord. Auf ihren Fahnen stand nun neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Marktwirtschaft. So blieben auch die krass ungerechten Eigentumsverhältnisse zunächst unangetastet. Wo sie, etwa in den modernen Sektoren der Landwirtschaft, überdacht werden sollten, war dies nur auf streng rechtsstaatlichem Weg möglich.

Alle Staaten der westlichen Welt engagierten sich jetzt am Kap. Besonders aktiv war Deutschland: Außer den zuständigen Bundesministerien und nicht wenigen Landesressorts waren die politischen Stiftungen, das Bundesverfassungsgericht, der Bundesrat, der Bundesrechnungshof, die

blind«: ohne gesetzlich verankerten Minderheiten- oder Gruppenschutz und mit schwachen föderativen Strukturen. Ein Katalog von Individualrechten nach dem Vorbild des deutschen Grundgesetzes sollte nun ausreichen, alle Bürger dieses ethnisch, sprachlich, kulturell und sozial so gespaltenen Landes zufrieden zu stellen. Mit dem Motto der »Regenbogennation« wurde die zweckoptimistische Vision eines friedlichen, multikulturellen Südafrika beschworen.

Politische Korrektheit überdeckte aufkeimende Zweifel am Erfolgsweg des »Neuen Südafrika«. Dabei spielte schlechtes Gewissen eine nicht unerhebliche Rolle: Wer früher gute Geschäfte mit dem Apartheidregime gemacht hatte, suchte die Flecken der Vergangenheit nun mit überbordendem Optimismus und grenzenloser Loyalität zu kompensieren. Doch ließen sich die Defizite auf lange Sicht nicht schönreden. Im September 2006 erregte die auf-rüttelnde »Steve Biko Memorial Lecture« des ehemaligen anglikanischen Erzbischofs von Kapstadt, Desmond Tutu, weltweites Aufsehen. Mit scharfen Worten prangerte der Veteran des schwarzen Befreiungskampfs Werteverfall und Verrohung, überbordende Gewaltkriminalität sowie wachsende ethnische und soziale Spannungen an. Zur gleichen Zeit machten Meldungen über ernste Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der für 2010 nach Südafrika vergebenen FIFA-Fußballweltmeisterschaft Schlagzeilen. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um organisatorische Defizite in den Bereichen Stadionbau, Infrastruktur etc.: Endlich wird jetzt ausgesprochen, dass große Regionen Südafrikas nicht zuletzt infolge der miserablen Qualität der Polizei und der gesamten übrigen öffentlichen Dienste in blutrünstiger Kriminalität zu versinken drohen.

Unerklärlich ist, wieso das z.B. in Deutschland kaum vorausgesehen wurde. Denn die weißen Afrikaner, die im alten Südafrika den Kern der staatlichen Verwaltung und die Sicherheitskräfte gestellt hatten, wurden nach dem Mai 1994 durch eine Politik der »affirmative action« aus nahezu allen oberen und den meisten mittleren Positionen gedrängt und durch in der Regel unerfahrene, häufig auch unqualifizierte und unmotivierte ANC-Anhänger ersetzt. Mangels attraktiver Einbindung in das »Neue Südafrika« haben sich die weißen Bürger zurückgezogen, betätigen sich in der Privatwirtschaft, leben weitgehend autark auf kleinen Höfen oder großen Farmen bzw. haben den Weg in die Emigration beschritten, der allerdings nur entsprechend Qualifizierten offen steht. Die weiße Bevölkerung Südafrikas hat im Zeitraum 1994–2005 um etwa 840.000 auf 4,3 Mio. Menschen abgenommen. Ausgewandert sind vor allem junge, qualifizierte Weiße –



Staatspräsident Nelson Mandela (2.v.re.) begrüßt den damaligen US-Verteidigungsminister Daniel Cohen (2.v.li.).
Foto: Pentagon

von in Südafrika angesiedelten multinationalen Unternehmen wie dem einflussreichen Bergbaukonzern Anglo-American (der Name verweist auf die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Südafrika, Europa und Nordamerika!), drängten London und Washington auf Etablierung einer demokratischen, marktwirtschaftlichen Ordnung und sagten Unterstützung bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse der schwarzen Bevölkerung in Südafrika zu.

Der »Realist« Nelson Mandela domestierte radikale Kräfte im ANC und vertröstete seine Allianzpartner SACP (South African Communist Party) und Cosatu (Congress of South African Trade Unions). Mit seiner Amtseinführung als erster schwarzer Staatspräsident im Mai 1994 wurde Südafrika zum idealen Partner der Industrieländer. Die ANC-Allianz warf alle zuvor

Bundeswehr usw. bemüht, die Regierung Mandela zu veranlassen, möglichst viel von der seit 1949 im Westen Deutschlands entwickelten Ordnung zu übernehmen. Niemand stellte die sich aufdrängende Frage, ob sich die deutschen oder sonstigen westlichen Erfahrungen bei der Organisation eines Staates auf ein Land ohne hinreichende demokratische und rechtsstaatliche Kultur übertragen ließen. Denn in Südafrika geschah eben ein Wunder. Von dem jahrzehntelang diskutierten Problem der Minderheiten sprach nun plötzlich niemand mehr. Es reichte, dass im Rahmen der fünfjährigen Mehrparteien-Übergangsregierung Vertreter der Weißen, Zulus etc. Vizepräsidenten- bzw. Ministerposten innehatten. Die am Verhandlungstisch ausgehandelte neue Verfassung war gemäß dem Wunsch der ANC-Allianz »farben-



Nelson Mandela (links) trifft Erzbischof Desmond Tutu.

Foto: ES-Archiv

Großbritannien, Australien, Kanada oder Neuseeland werben sie gezielt an. Auch viele nichtweiße Südafrikaner wenden sich enttäuscht vom Staat ab. Perspektivlose verarmte Schwarze wandern in Schattenwirtschaft oder Kriminalität ab, zahlen keine Steuern oder Abgaben mehr und koppelten ihre Townships oder Dörfer von jeglicher staatlicher Einwirkung oder Kontrolle ab. Qualifizierte schwarze Südafrikaner folgen zunehmend den Spuren ihrer weißen Landsleute und setzen sich ebenfalls nach Europa oder Nordamerika ab. Im Gegenzug hat Südafrika seit 1994 einen Zustrom illegaler schwarzer Zuwanderer aus ganz Subsahara-Afrika zu verkräften, was die Probleme und Spannungen erheblich verschärft. Offizielle Zahlen gehen von mindestens fünf Millionen aus, inoffizielle noch von wesentlich höheren. Die Studie einer südafrikanischen Gewerkschaft schätzte 2006 die illegalen Einwanderer auf an die zehn Millionen bei einer Gesamtbevölkerungszahl von inzwischen 52 bis 60 Mio. Menschen. Der Riese steht bestenfalls noch auf tönernen Füßen. Südafrika droht, wie der langjährige politische Häftling Breyten Breytenbach bereits 1991 warnte, »schon bald durch die ungezählten Varianten der Barbarei zu gehen«.

Die Rolle der anglo-amerikanischen Diplomatie bei der Abschaffung der Apartheid

Die frühere Kolonialmacht Großbritannien hat in Südafrika traditionell große Interessen. Sie ist dessen bedeutendster Wirtschaftspartner, die britischen Investitionen am Kap belaufen sich heute auf

24 Mrd. £, und ca. 750.000 britische Staatsbürger leben in Südafrika. Schließlich war man sich in London der Gefahren, die sich aus der Existenz von sechs fertig gestellten und einer siebten im Bau befindlichen Nuklearwaffe vom Typ Hiroshima ergaben, bewusster als in der übrigen EU. Im Verbund mit Washington hat sich London stets engagiert für eine Lösung in Südafrika eingesetzt. Deutschland, das ebenfalls über intensive historische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zur Kaprepublik verfügt (Handelsvolumen im Jahr 2005 ca. 10 Mrd. Euro, an die 3 Mrd. Euro deutsche Direktinvestitionen, 100.000 am Kap lebende deutsche Staatsbürger), engagierte sich bei weitem nicht so intensiv, und

wenn es aktiv wurde, so war dies nicht immer konstruktiv.

Verhandlungen zunächst über eine Räumung Namibias durch Südafrika begannen Anfang 1977 im Rahmen der Vereinten Nationen. Die damaligen westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – die USA, Großbritannien, Frankreich, die BR Deutschland und Kanada – erarbeiteten auf Initiative der Regierungen in Bonn und Washington in Zusammenarbeit mit der Befreiungsbewegung SWAPO und der südafrikanischen Regierung einen im September 1978 vorgelegten, dann aber erst gut zehn Jahre später in die Tat umgesetzten Plan zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit (UN-SR Res. 435).

Für den damaligen Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher war hier ein Erfolg umso wichtiger, als der außenpolitisch so erfahrene Bundeskanzler Helmut Schmidt nahezu alle anderen Bereiche der Bonner Außenpolitik im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz an sich gezogen hatte. Man erschwerte jedoch die Verhandlungen dadurch, dass er sich stets die Vorstellungen der Befreiungsbewegungen unkritisch zu eigen machte und kaum bereit war, die Position der Gegenseite zur Kenntnis zu nehmen. Die Briten billigten zwar die Forderungen der Befreiungsbewegungen nach »Ein Mensch, eine Stimme« im vergleichsweise unproblematischen Fall Namibia, im Interesse von künftiger innerer Stabilität damals jedoch noch nicht für den Vielvölkerstaat am Kap. Sie stellten die gleiche Frage wie Helmut Schmidt im Mai 1977 dem US-Vizepräsidenten Walter Mondale, als dieser zum Sturz des Apartheidregimes aufgerufen hatte: »(...) and replace it with what?« Und



Blick auf Kapstadt.

Foto: ES-Archiv

mit Egon Bahr (Juli 1977) sahen sie die neue Ordnung Südafrikas eher in einem »bisher unbekanntem Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten«.

Schon im Oktober 1978 zahlte Genscher in Pretoria bei einer von ihm initiierten Konferenz zur Implementierung von Resolution 435 einen hohen Preis. Nachdem er den Südafrikanern für den Fall weiterer Unbotmäßigkeit mit Wirtschaftssanktionen gedroht hatte, widersprachen der britische Außenminister David Owen und dessen US-Kollege Cyrus Vance, woraufhin der südafrikanische Außenminister Roelof Botha Genscher noch im Konferenzsaal erhöhte. Nun bahnte sich der Ausschluss der Bundesregierung aus den Verhandlungen an. Endgültig ausgeschlossen wurde sie Anfang Juni 1984. Damals empfing Bundeskanzler Helmut Kohl den vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß eingeladenen Ministerpräsidenten Pieter Willem Botha und demütigte ihn vor laufenden ZDF-Kameras, indem er das Sitzmöbel, auf dem er und sein Gast für gewöhnlich Platz nahmen, aus dem Saal heraustragen ließ. Eine solche Geste mochte sich vielleicht innenpolitisch auszahlen – eine konstruktive Vermittlungsbemühung war sie sicherlich nicht. London und Washington bezogen Bonn danach kaum noch in ihre Südafrika-Diplomatie ein, ja unterrichteten es nicht einmal mehr über ihr weiteres Vorgehen.

Die Stunde der »interventionistischen« Diplomatie der Anglo-Amerikaner kam, als der altersstarke P.W. Botha in der regierenden Nationalen Partei (NP) zunehmend an Einfluss verlor. Hinter seinem Rücken wurde die – im März 1990 abgeschlossene – Entlassung Namibias in die Selbstständigkeit vorbereitet, und im Juni 1989 warnten Margaret Thatcher und die hochklassigen britischen Diplomaten um Botschafter Sir Robin Renwick in London seinen präsumtiven Nachfolger, Frederik Willem de Klerk davor, den Weg in die Zerstörung Südafrikas fortzusetzen. Als langjähriger Erziehungsminister hatte sich de Klerk zuvor im Lager der weißen Afrikaner durch die Halsstarrigkeit und die bedingungslose Bewahrung von Apartheid einen Namen gemacht.

Vom US-Kongress ausgehende umfassende Sanktionsdrohungen, denen sich die EU-Staaten und Japan auf Dauer nicht würden widersetzen können, brachten de Klerk schon bald nach seiner Wahl in das Amt des Staatspräsidenten (August 1989) dazu, alle verbotenen Befreiungsbewegungen zu legalisieren und deren Führer aus der Haft entlassen, darunter den alles und alle überragenden Nelson Mandela. Auf Seiten der weißen Afrikaner litten die Verfassungsverhandlungen von Ende 1991 bis Ende 1993 daran, dass de Klerk und die NP-Delegation völlig unvorbereitet und

daher überfordert waren. In keiner Stunde der Verhandlungen waren sie ihren Gegenspielern von ANC, SACP und Cosatu gewachsen. Auch eine ausgeklügelte britische Diplomatie konnte nicht verhindern, dass de Klerk Ende 1993 mangels überzeugender eigener Alternativen kapitulierete. Nicht sehr viel besser erging es den weiteren Akteuren, wie z.B. den konservativen Zulus (Inkatha-Freiheitspartei), deren Führer Mangosuthu Buthelezi sich schließlich kooptieren ließ und mit dem in den Kompetenzen stark beschnittenen Amt des Innenministers zufrieden gab. Mit Recht stellte Joe Slovo, der SACP-Generalsekretär, fest, man habe sehr weitgehend bekommen, was man angestrebt habe. Südafrika, ein Land mit unterentwickelter rechtsstaatlicher und demokratischer Kultur, erhielt eine in vielen Punkten an das deutsche Grundgesetz angelehnte Verfassung. Im In- und Ausland stellte kaum jemand die Frage, ob sich diese dem Land fremde, ihm im Grunde übergestülpte Verfassung als tragfähig erweisen würde. Hinter der Diskussion um Verfassungsdetails trat das Problem einer grundlegenden sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Stabilisierung eines bereits 1994 stark zerrütteten Landes zurück und wurde bis heute vertagt. Kaum jemand begriff die These der erstklassigen US-amerikanischen Journalistin Pattie Waldmeir: »Democratic niceties will have to be sacrificed to the overwhelming need to restore stability.« (Financial Times, 10.9.1993) Erreicht wurde so allenfalls Schadensbegrenzung, nicht aber eine tragfähige neue Ordnung.

Strukturelle Schwächen Südafrikas

Die Wirtschaft Südafrikas zeichnet sich seit 1994 anerkanntermaßen durch ein stabiles Wirtschaftswachstum (durchschnittlich 2,7 Prozent im Zeitraum 1997–2004) und eine geringe Inflation (4,3 Prozent im Jahr 2004) aus. Südafrikanische Konzerne haben in Subsahara-Afrika in den Sektoren Bergbau, Transport, Kommunikation, Banken/Versicherungen, Bauwesen und Landwirtschaft ihre Überlegenheit ausgespielt und expandiert. Auch verfügt Südafrika, das Land der ersten Herzverpflanzung (1967), über international konkurrenzfähige Hochtechnologiesektoren wie z.B. im Bergbau oder im Elektrizitätswesen. Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem wirtschaftlich erfolgreichen Erste-Welt-Südafrika ein »Dritte-Welt-Südafrika« gegenübersteht – die städtischen Slums und ländlichen Regionen mögen inzwischen sogar der »Vierten Welt« der Ärmsten der Armen angehören. Größtes Problem ist, dass das Wirtschaftswachstum keine neuen Arbeitsplätze pro-

duziert – im Gegenteil geht deren Zahl zurück. Pro Jahr finden 500.000 neu in den Arbeitsmarkt eintretende junge Südafrikaner keine Stelle. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit je nach Definition bei 27 Prozent oder 42 Prozent – letztere Zahl kommt der Realität näher. Die Zahl der unterhalb der offiziellen Armutsgrenze Lebenden ist noch höher: 22 von 46 Mio. Südafrikanern leben von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Dieser Bevölkerungsgruppe nutzen statistisch vergleichsweise hohe Durchschnittswerte wie ein jährliches Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.750 US-Dollar (2003) recht wenig.

Problematisch ist die geringe Höhe ausländischer Direktinvestitionen. Sie hatten im Zeitraum 1994–2002 nur einen Anteil von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und lagen damit deutlich niedriger als in anderen sich entwickelnden Ländern (2 bis 5 %) – zu gering, um wachstumsfördernde Impulse zu setzen. Zudem handelt es sich in vielen Fällen um spekulative, nicht um arbeitsplatzschaffende Investitionen. Auch heute gilt, was David Roche bereits 1998 im Wall Street Journal Europe schrieb: »South Africa has the biggest need for external capital and the lowest potential for attracting it of any emerging market.«

Die Bemühungen der regierenden ANC-Allianz um sozioökonomische Transformation zugunsten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit (Employment Equity Act von 1999, Broad-Based Black Empowerment Act von 2003) haben zur Entstehung einer schwarzen Mittelklasse und einer schmalen schwarzen Oberschicht mit überproportional stark wachsendem Einkommen geführt, die durchaus Anschluss an die Weißen und Inder gefunden hat. Eine Gruppe schwarzer Oligarchen hat bei der Vergabe lukrativer öffentlicher Aufträge stets gute Aussichten. Hingegen sind die Lebensverhältnisse der breiten schwarzen Bevölkerung nicht spürbar verbessert worden bzw. haben sich sogar verschlechtert. Der ANC ist damit de facto zu einer schwarzen Mittelklassen- und Oberschichtpartei geworden, obwohl er weiterhin vom Nimbus der erfolgreichen Befreiungsbewegung und dem Mangel an politischen Alternativen zehren kann.

Kein Land in der Welt hat in absoluten Zahlen mehr HIV/Aids-Infizierte: Gemäß Schätzungen von UNAIDS lebten Ende 2005 mindestens 5,5 Mio. HIV-Infizierte in Südafrika (18,8 % der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren, andere Schätzungen gehen von deutlich höheren Prozentzahlen aus). Im häufigsten Verbreitungsgebiet KwaZulu-Natal liegt die bei Schwangeren diagnostizierte Infizierungsrate derzeit bei um die 40 Prozent. Etwa 1.000 Personen sterben täglich in Südafrika an den Folgen von Aids. Aids trifft Men-



Verslumtes ehemaliges Mittelschicht-Viertel in Johannesburg.

Foto: Pabst

schen in der produktivsten Phase ihres Berufslebens: Arbeiter, Lehrer, Beamte, Polizisten, Familienväter und -mütter, und ihr Sterben ist nicht nur für die Betroffenen qualvoll langsam, sondern damit auch volkswirtschaftlich belastend. Die Folgekosten von HIV/Aids zehren die staatlichen Budgets auf. Südafrika hat auch weltweit die größte Zahl von Aids-Waisen: 1,2 Mio. Einwohner hatten 2005 ein Elternteil oder beide Elternteile aufgrund dieser Seuche verloren. Aids-Waisen wachsen im besten Fall bei Verwandten, vielfach aber ohne jede Erziehung und Zuwendung auf der Straße auf. Sie sind bevorzugtes Rekrutierungspotenzial für kriminelle und militante Organisationen. Lange Zeit haben die Verantwortlichen (inklusive Staatspräsident Thabo Mbeki) das Problem HIV/Aids verharmlost und sind nicht tatkräftig dagegen vorgegangen. So zeigte sich die Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang misstrauisch gegenüber antiretroviralen Medikamenten und empfahl stattdessen, Zitronensaft, Olivenöl, Knoblauch und Rote Beete zu sich zu nehmen. Noch drei Monate vor seinem Aids-bedingten Tod stellte der ANC-Politiker Peter Mokaba in Abrede, dass es den HI-Virus überhaupt gäbe.

Ganze Stadtviertel und ländliche Regionen haben sich vom Staat abgekoppelt. Ihre Einwohner bekommen vom Staat nichts und leisten im Gegenzug nichts für ihn. Die Entwicklungsanstrengungen des vergangenen Jahrzehnts sind in vielen Fällen zur Makulatur geworden. So hat die südafrikanische TELKOM von 1997–2003 insgesamt 2,8 Mio. neue Telefonanschlüsse gelegt. Davon sind 70 Prozent inzwischen nicht mehr existent – infolge von Nichtbezahlung von Rechnungen, Zerstörung oder Diebstahl der Anlagen. Gesetz- und Ver-

antwortungslosigkeit nehmen überhand – so sterben Patienten bei Streiks von Gesundheitspersonal, und konkurrierende Taxifahrer zünden sich gegenseitig die Fahrzeuge an.

In vielen Ballungszentren und manchen ländlichen Gebieten finden sich »No go areas«, in die sich auch die Polizei nicht hineinwagt. Als Problemprovinzen gelten das Ostkap, der Freistaat und KwaZulu-Natal. Wie der kenntnisreiche Arndt Hopfmann (Johannesburg) berichtet, kommt es inzwischen vermehrt zu Plünderungen, Haus- und Landbesetzungen, ja sogar Armutsrevolten. Im vor 30 Jahren noch lebenswerten Johannesburger Stadtteil Hillbrow haben illegale Zuwanderer – nicht nur aus

Südafrika, sondern aus dem ganzen Sub-Sahara-Afrika – Hotels und Apartmenthäuser besetzt, der Müll wird nicht entsorgt, sondern aus dem Fenster geworfen. Die Eigentümer haben kapituliert. Kirchen und Synagogen stehen verlassen da oder werden zweckentfremdet. Kaum jemand wagt noch, durch diesen Stadtteil zu fahren, und wenn, dann mit von innen verriegelten Türen. Bei Vergehen wie Mord, Mordversuch, bewaffneter Raub, bewaffnete Entführung, Vergewaltigung steht das Land weltweit in der Spitzengruppe. Trotz staatlicher und privater Anstrengungen ist eine grundlegende Besserung nicht absehbar. So haben Morde und angezeigte Vergewaltigungen im Zeitraum 2005/06 gegenüber 2004/05 nur geringfügig um 1,3 bzw. 0,3 Prozent abgenommen, was der zuständige Minister bereits als Erfolg feiert. Dafür sind andere Straftaten wie bewaffnete Raubüberfälle im gleichen Zeitraum emporgeschneit. Pro Jahr werden in Südafrika rund 18.000 Menschen ermordet (überwiegend in Städten mit Opfern aus allen Bevölkerungsgruppen) sowie an die 55.000 Frauen vergewaltigt. Zum Vergleich: Deutschland mit einer eineinhalbfachen so großen Einwohnerzahl wie Südafrika beklagt pro Jahr rund 2.500 Morde und Totschlagsfälle sowie an die 9.000 angezeigte Vergewaltigungen.

Auf dem Land trägt die Kriminalität tendenziell sozialrevolutionären Charakter. 1.500 von 60.000 weißen Farmern wurden zwischen 1994 und 2004 ermordet, häufig begleitet von bestialischen Grausamkeiten. Manche Farmer werden nur deshalb Opfer, weil sie vergleichsweise isolierte, wehrlose Opfer sind. Andere werden gezielt als Vertreter einer sozialen Gruppe attackiert – gemäß dem alten Schlachtruf



Südafrikas Sicherheitskräfte haben viele Schlüsselkräfte verloren und sind unzureichend ausgestattet.

Foto: Pabst



Leerstehende Büroräume im Johannesburger Business District.

Foto: Pabst

»Kill the farmer, kill the Boer!«. Landumverteilung oder gar Vertreibung steht hinter solchen Taten als Botschaft. Die New York Times bezeichnete das Geschehen in einigen Teilen Südafrikas in einem Artikel vom 6. Januar 2004 als »low-level guerilla war«. Zahlenmäßig sind die Attacken auf weiße Farmer in Südafrika um ein Vielfaches häufiger als die vereinzelt, aber international viel stärker beachteten Vorfälle in Simbabwe (18 ermordete weiße Farmer im Zeitraum 2000–2006).

Private Sicherheitsunternehmen sind eine boomende Industrie, mancherorts werden sogar Polizeistationen von Privatunternehmen bewacht. In den Townships und auf dem Land sucht sich die schwarze Unterschicht mit Vigilantengruppen vor der überbordenden Gewaltkriminalität zu schützen. Immer mehr Prominente sind bereits Opfer geworden – Minister, der Oberste Richter, ausländische Botschafter, Pop-Musiker, zuletzt im Oktober 2006 die Nobelpreisträgerin Nadime Gordimer. Südafrikas Kriminelle haben Flexibilität bewiesen: So ist es gelungen, mit immensen öffentlichen und privaten Anstrengungen (z.B. Kameraüberwachung, privat finanzierte Polizeistationen und Ausrüstung) den verrufenen innerstädtischen Geschäftsdistrikt von Johannesburg sicherer zu machen. Die dortige Kriminalität ist daraufhin in andere Zentren abgewandert. Autodiebstähle und Autoentführungen wurden durch hoch entwickelte technologische Schutzmaßnahmen erheblich erschwert, im Gegenzug haben sich die Kriminellen nun auf bewaffnete Raubüberfälle auf Geldtransporter verlegt, die im Zeitraum 2005/06 gegenüber 2004/05 um 74 Prozent anstiegen. Jede Statistik ist allerdings von begrenzter Aussagekraft, da viele Opfer die

Tat wegen der geringen Aufklärungsquoten überhaupt nicht anzeigen.

Südafrikas Kriminelle werden immer dreister. Im März 2006 raubten mit AK47-Schnellfeuerwaffen bewaffnete Kriminelle im hoch gesicherten Johannesburger Internationalen Flughafen 16 Mio. US-Dollar aus einer zwischengelandeten Boeing 747. Wahrscheinlich hatten sie vor Ort Informanten und Helfershelfer. Nach massiven Anstrengungen der Polizei konnten 13 Verdächtige festgenommen und die Beute sichergestellt werden. Doch kurze Zeit später wurden davon erneut 13 Mio. US-Dollar aus einem Polizeisafe entwendet. In den Stadtzentren von Johannesburg, Durban oder Kapstadt kommt es immer wieder zu teilweise stundenlangen Schießereien zwischen Gangstern und Sicherheitskräften. Ungeniert überfallen heute schwer bewaffnete Räuberbanden Banken, Einkaufszentren, Sportveranstaltungen, Nachtclubs, Partys, ja sogar Gottesdienste – bei einem solchen Vorfall schoss der Pfarrer von der Kanzel aus zurück. Die südafrikanischen Zeitungen überbieten sich mit Aufsehen erregenden Schlagzeilen; hingegen werden »einfache« Vergewaltigungen, Überfälle oder Diebstähle nur noch am Rand berichtet.

Die Kriminalität führt nicht nur zu menschlichen Tragödien, sondern auch zu wirtschaftlichen Problemen. In Südafrika müssen heute drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Polizei, Justiz und Gefängnisse ausgegeben werden – anderswo sind es durchschnittlich ein Prozent. Ein großer Teil der organisierten Überfälle richtet sich gegen Unternehmen. Die südafrikanische Initiative »Business Against Crime« warnte 2006, dass die dauerhaft hohen Kriminalitätszahlen für die niedrigen

ausländischen Investitionen verantwortlich seien. Denn Unternehmen müssen beträchtliche Zusatzkosten für Sicherheitsdienste, Sicherheitsmaßnahmen, ausgefallene Mitarbeiter und andere Schäden einkalkulieren. Die Gewaltkriminalität gefährdet auch den Ausbau des Tourismus, der einer der wenigen arbeitsplatzschaffenden Wirtschaftssektoren ist.

Trotz der gewachsenen Anstrengungen der Regierung ist die Kriminalitätsbekämpfung aufgrund der vielschichtigen Ursachen problematisch: hoher Organisationsgrad krimineller Strukturen (Hunderte nationale wie internationale Syndikate), Proliferation von Schusswaffen nicht zuletzt aufgrund der früheren Ost-West-Konflikte im südlichen Afrika, strukturelle Verwahrlosung von Teilen der Gesellschaft aufgrund der jahrzehntelangen Bürgerkriegssituation, illegale Zuwanderung aus den Nachbarstaaten, große Unterschiede zwischen Arm und Reich, Entstehung eines perspektivlosen Lumpenproletariats, Enttäuschung über die ausgebliebene Einlösung von Versprechungen der Regierung, schlechte Bezahlung, Ausbildung und Motivation der Sicherheitskräfte, verbreitete Korruption im Staatsdienst (Polizei, Justiz, Zoll, Einwanderung).

Die Schwäche des Staates macht sich auch in vielen anderen Sektoren bemerkbar, beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungswesen oder in der Infrastrukturerhaltung. Solche Defizite werden sich mittel- und langfristig ebenfalls destabilisierend auswirken. Tendenziell zieht sich die Bevölkerung von staatlichen Strukturen zurück – auf hoher Ebene (umzäunte und von privaten Sicherheitsdiensten bewachte, zunehmend autarke und hoch technisierte Wohn- und Geschäftsviertel) wie auf niedriger Ebene (staatsfreie Räume mit nach eigenen Regeln organisiertem Überlebenskampf). Diese Polarisierung gibt Anlass zu ernster Sorge: Wie das Beispiel Lateinamerika zeigt, ist der Weg vom Sicherheitsdienst zu Todesschwadronen und Privatarmeen nicht weit. Bereits heute gibt es in Südafrika doppelt so viele Mitarbeiter von privaten Sicherheitsgesellschaften wie Polizisten.

Je mehr sich der Staat zurückzieht und sein Gewaltmonopol verliert, desto schwerer wird eine Stabilisierung des Landes fallen. Ohne eine solche Stabilisierung hat aber nicht nur Südafrika keine Perspektive: Das gesamte südliche Afrika würde seiner größten Hoffnung beraubt. Ohne das Potenzial vergleichsweise entwickelter Staaten wie Südafrika, Kenia oder Nigeria würden ganze Großregionen jegliche Aussicht auf Besserung verlieren – die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2002 hat diese Staaten zu Recht als »Ankerstaaten« identifiziert. Der rasant schnelle Zusammenbruch einstiger Musterländer wie Simbabwe und der Elfenbeinküste mag

als warnendes Beispiel dienen. Subsahara-Afrika kann sich keine weiteren derartigen Desaster leisten.

Aussicht auf Stabilisierung?

Dass Südafrika zu Stabilität oder sogar zu demokratischer Stabilität zurückgewinnt, ist heute oft nicht vorstellbar. Zu verbreitet erscheinen Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Hinter der Fassade politischer Stabilität unter Führung einer seit 1994 unangefochtenen regierenden und wenig kritikfähigen ANC-Allianz droht eine linkspopulistische Radikalisierung, wofür die Elfenbeinküste mit ihren »jeunes patriotes« oder Simbabwe mit seinen vom diktatorischen Staatspräsidenten Robert Mugabe manipulierten jugendlichen »Kriegsveteranen« traurige Vorbilder abgeben. Wie der 2005 ausgebrochene Machtkampf der Anhänger des

Ist der Niedergang Südafrikas unvermeidlich? Steht der Exodus der weißen Südafrikaner und damit der wirtschaftliche Kollaps des Landes bevor? Müssen sich die EU und die USA auf Massenevakuierungen ihrer an die 1,5 Mio. Staatsbürger am Kap einstellen? Die Politik westlicher Staaten wird sich im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2010 intensiv mit dem Rückgewinn von Stabilität befassen müssen. Wenn das nicht gelingt, kann die FIFA nur alles falsch machen. Belässt sie das Turnier allen Zweifeln zum Trotz Südafrika, so wird es statt zu einer Werbung für den afrikanischen Kontinent zu einem Desaster werden. Entzieht man hingegen den Südafrikanern das Turnier – eine Möglichkeit, über die die FIFA gemäß Presseberichten bereits nachdenkt –, so kann das vor dem Hintergrund der damit verbundenen Demütigung und immenser ökonomischer Erwartungen zu einem ge-



Demonstration von Arbeitern in Johannesburg.

Foto: ES-Archiv

entlassenen Vizepräsidenten Jacob Zuma gegen das Mbeki-Lager im ANC andeutet, wächst die Unzufriedenheit an der Basis. Mögliche Szenarien sind der Aufstieg antiweißer, antiwestlicher Populisten oder die defensive Übernahme solcher Positionen durch ANC-Politiker, die bislang dem gemäßigten Lager angehörten. Beide Szenarien könnten das Land auf den Pfad Simbawes führen, dessen Staatspräsident Robert Mugabe bei vielen schwarzen Südafrikanern höchst populär ist. Noch fataler wäre eine außerparlamentarische sozialrevolutionäre Radikalisierung. Fortschreitender Staatszerfall und permanenter Verteilungskampf, letztlich Chaos und Anarchie wären die Folgen.

waltigen Aufruhr führen. Also gilt es heute zu handeln!

Die Situation am Kap ähnelt heute in mancherlei Hinsicht dem Irak: Die Überstülpung einer westlichen demokratischen Verfassung in einem komplex strukturierten Land war kein nachhaltiges Rezept für eine stabile neue Ordnung. Die »Korsettstangen« des alten Südafrika, die weißen Afrikaner, wurden aus Polizei, Militär, Justiz und Beamtschaft ohne gleichwertigen Ersatz hinausgedrängt, eine hinreichende Perspektive für ihr Überleben als ethnisch-sprachliche Gruppe wurde ihnen nicht aufgezeigt. Sie sehen sich zu Recht, wie es ein afrikaanser Dissident formuliert, in »Versailles«.

Der totale Sieg der ANC-Allianz in den Verhandlungen von 1991/93 könnte zum Pyrrhussieg werden. Was nutzt die Macht in einem nicht mehr handlungsfähigen Staat? Bereits im Mai 1998 warnte der heutige Staatspräsident Thabo Mbeki, dass unerfüllte Erwartungen Millionen von Südafrikanern in wütende Gegnerschaft treiben und das Land zur »Explosion« bringen könnten. Doch fand die Regierung bis heute kein Rezept, um solchen Entwicklungen entgegenzuarbeiten. Einen Ausweg bietet dem Zeitzeugen vielleicht die Erinnerung an die 1993/94 von US-Botschafter Princeton Nathan Lyman maßgeblich geförderte und von den Briten um Botschafter Sir Anthony Reeves mitgetragene Diplomatie zur Einbindung der konservativen weißen Afrikaner in das demokratische und ihnen sehr fremde Südafrika. Diese stellten den Großteil des alten Sicherheitsapparats. Dem ANC und seinen Verbündeten ging es damals darum, gewaltsamen Widerstand gegen den Machtwechsel zu verhindern. Staatspräsident de Klerk hatte es hingegen nicht für nötig gehalten, seine konservativen Landsleute von der Unvermeidlichkeit von Verhandlungen zu überzeugen und den weißen Afrikanern eine Überlebensperspektive als Volksgruppe zu sichern.

Tage vor der ersten demokratischen Wahl Ende April 1994 führten diese Verhandlungen zu dem von General a.D. Constand Viljoen (Freiheitsfront) und Thabo Mbeki (ANC) in Anwesenheit von Lyman und Reeve, dem ANC-Veteranen Walter Sisulu und anderen unterzeichneten »Accord on Afrikaner Self-determination«, der später als Option für alle Bevölkerungsgruppen in die südafrikanische Verfassung aufgenommen wurde (Artikel 235). Allerdings sprach sich der ANC nach seiner Machtübernahme dezidiert gegen die Gründung eines autonomen »Volksstaates« für weiße Afrikaner aus. Ihnen wurden weder Gruppenrechte noch ein autonomes Selbstverwaltungsgebiet (»Volksstaat«) zugestanden.

Virtuos hatte der ANC die Uneinigkeit der weißen Afrikaner und die politische Un erfahrenheit des Berufsoffiziers Viljoen dazu genutzt, seine Gesprächspartner hinzuhalten und schließlich ins Leere laufen zu lassen. Die Verantwortung hierfür lag wohl in erster Linie bei Thabo Mbeki, weniger bei Nelson Mandela, der durchaus um die Bedeutung der weißen Afrikaner für die Stabilität Südafrikas weiß und deren Fähigkeiten und Leistungen immer wieder gewürdigt hat. Angeblich trug sich Mandela sogar mit dem Gedanken, ihn zu seinem Verteidigungsminister zu ernennen. Der aus dem Baltikum und aus Galizien stammende US-Diplomat jüdischer Herkunft Nathan Princeton Lyman hatte Verständnis für die Sorge einer ethnischen Minderheit, ihre Kultur und Sprache (in diesem



Präsident Thabo Mbeki (2. v. li.) im Gespräch mit dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan. Foto: UN

Fall das Afrikaans zu verlieren. Natürlich suchte auch er mit dem von ihm betriebenen Abkommen, die Gefahr einer gewaltvollen Störung des Machtwechsels in Südafrika durch unzufriedene Weiße zu verhindern. Doch zugleich beabsichtigte er, den weißen Afrikanern damit eine gesicherte Überlebensperspektive im neuen Südafrika aufzuzeigen.

Im Juli 1987 hatte der liberale afrikaanese Dissident Frederik Van Zyl Slabbert bei Debatten mit dem damals noch illegalen

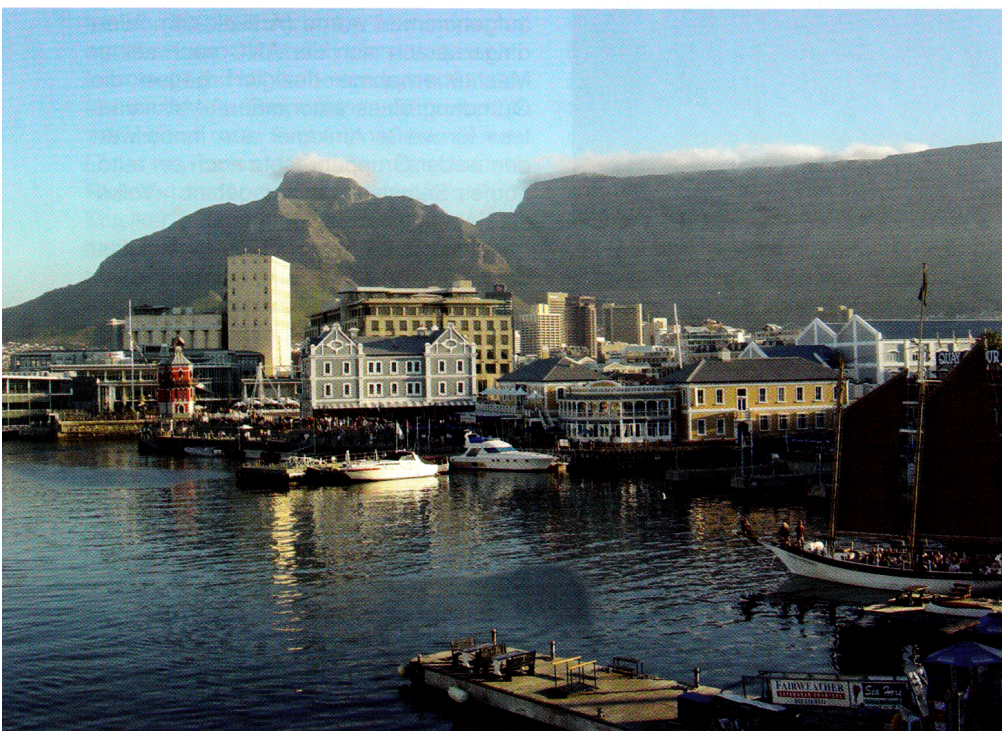
ANC in Dakar (Senegal) geäußert: »If you want to overcome Apartheid, you must convince Whites and particularly Afrikaners that there is life beyond Apartheid.« Dieses Rezept hat prinzipiell auch heute noch Gültigkeit: Nur wenn es gelingt, die weißen Afrikaner von innerer und äußerer Emigration abzubringen und als Stützen des Staates zurückzugewinnen, kann eine Stabilisierung Südafrikas gelingen. Hierfür muss ihnen eine lohnende Perspektive geboten werden. Als Ansatzpunkt

könnte der vergessene, nie in entsprechende Gesetze umgesetzte Artikel 235 der südafrikanischen Verfassung dienen, der einer Gruppe, die eine gemeinsame Kultur und Sprache aufweist, das Recht auf Selbstbestimmung auf einem Territorium innerhalb der Republik Südafrika oder auf andere Weise einräumt. Vorbilder könnten z.B. das Autonomiestatut für Südtirol in Italien von 1972 oder die »Autonome Republik der Wolgadeutschen« in der Sowjetunion im Zeitraum 1924–41 sein. Zur Stabilisierung wird weiterhin erforderlich sein, dass in den letzten Jahren entlassene weiße Schlüsselkräfte von Polizei, Militär und anderen staatlichen Einrichtungen wieder eingestellt werden. Denn ohne Stabilität gibt es weder Entwicklung noch Demokratie.

Erst dann wird sich die Möglichkeit eröffnen, den Millionen völlig verarmten und ungenügend gebildeten schwarzen Südafrikanern eine Perspektive nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Besserung aufzuzeigen. Hierzu gehört neben einer auf die Schaffung von vielen Hunderttausend Arbeitsplätzen und damit einer fundamentalen Verbesserung der Lebensbedingungen ausgerichteten Entwicklungsstrategie auch eine nachhaltige und für beide Seiten akzeptable Lösung der Landfrage. Die dringend erforderliche Neuverteilung des landwirtschaftlichen Bodens darf allerdings keinesfalls zu einem einschneidenden Produktionsrückgang führen, von chaotischen simbabweschen Zuständen ganz zu schweigen. Doch ist es sicherlich ein unhaltbarer Zustand, wenn 80 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes in Südafrika von 60.000 weißen Farmern bewirtschaftet werden. Langfristig liegt es auch im Interesse der betroffenen weißen Südafrikaner, dass hier ein gerechter Ausgleich gefunden wird.

Eine Studiengruppe unter Leitung des früheren US-Außenministers James A. Baker kam im Fall des Irak gerade zu dem Ergebnis, dass eine Übertragung der Demokratie nach US-amerikanischem Beispiel und westlichen Maßstäben unrealistisch war. Gefordert wird politische Bescheidenheit und mehr Realitätssinn: Stabilität und eine repräsentative Regierungsform sollten künftige Prioritäten sein. Die Ergebnisse lassen sich auch auf Südafrika übertragen. Es bleibt zu hoffen, dass die anglo-amerikanische Diplomatie, die die Entwicklung am geostrategisch sensiblen Kap der Guten Hoffnung stets mit Argusaugen verfolgt hat, ihre Unterstützung bei diesem Prozess nicht versagt. ■

Dr. Martin Pabst, Büro Forschung & Politikberatung, München und **Dr. Klaus Frhr. von der Ropp**, African Consulting, Potsdam.



Kapstadt-Waterfront.

Foto: ES-Archiv